

gen Durchführung mitwirken. Eine der großen Aufgaben der Parteiorganisation besteht also darin, die fortschrittlichen Maßnahmen, die in den Beschlüssen der Regierung zum Ausdruck kommen, durch eine intensiv betriebene und systematische Aufklärungsarbeit den Werktätigen zu erläutern und zugleich die Wege zu ihrer Verwirklichung aufzuzeigen.

Es ist ganz klar, daß darüber hinaus die Werktätigen Vertrauen zu der Richtigkeit der Beschlüsse unserer Regierung haben müssen. Sie zu diesem Vertrauen zu erziehen, ist unsere Aufgabe. Bei der Durchführung verschiedener fortschrittlicher Maßnahmen der letzten Zeit, besonders der Lohn- und Gehaltserhöhung, zeigte sich, daß es an diesem unbedingten Vertrauen zu der Richtigkeit der Beschlüsse der Regierung noch mangelt. Anstatt diese Beschlüsse durchzuführen, verloren sich einige Genossen unserer volkseigenen Betriebe, Wirtschaftsverwaltungen, der demokratischen Staatsorgane, Betriebsgewerkschaftsleitungen usw. in Diskussionen um dieses Gesetz. Sie stellten weitergehende Forderungen auf, verzögerten — oft unbewußt — die Durchführung und beunruhigten so die Werktätigen. Hier zeigt sich, daß selbst manchmal bei unseren Genossen das feste Vertrauen zu der Richtigkeit der Beschlüsse unserer Regierung noch fehlt.

Diese Zögernden erkannten zum Beispiel nicht, daß das Erbe des Kapitalismus, das wir angetreten haben, nicht von heute auf morgen überwunden werden kann, sondern daß dazu Zeit benötigt wird. Sie erkannten ferner nicht, daß zum Beispiel jede Verbesserung der Lebenslage nur auf Grund der Ergebnisse der Steigerung der Arbeitsproduktivität durchgeführt werden kann. Sie erkannten auch nicht, daß sich dabei die Regierung im Interesse aller Werktätigen von volkswirtschaftlichen Überlegungen leiten lassen muß und zunächst nur die Werktätigen berücksichtigen kann, deren Arbeit für den weiteren Aufbau unserer Wirtschaft von entscheidendster Bedeutung ist. Dafür ein Beispiel: Wer die früher gezahlten Gehälter für die Angestellten im Steinkohlen- oder Erzbergbau mit den Gehältern im Kalibergbau vergleicht, wird feststellen, daß letztere viel höher liegen als die im Steinkohlen- oder Erzbergbau. Das war darauf zurückzuführen, daß der Kalibergbau den Monopolkapitalisten mehr Profite einbrachte, als der „unrentable“ Steinkohlen- oder Erzbergbau und die Monopolkapitalisten auf Grund der im Kalibergbau anfallenden Monopolprofite nach der Devise „Teile und herrsche“ zum Teil höhere Gehälter zahlten.

Genosse Walter Ulbricht erklärte aber auf dem III. Parteitag, daß für uns volkswirtschaftlich gesehen der Steinkohlenbergbau von allergrößter Bedeutung ist. Also müssen dort die höchsten Löhne und Gehälter gezahlt werden. Das kapitalistische Erbe läßt sich aber nicht mit einem Schlag, sondern nur schrittweise überwinden. Bedeutet das, wie einige Genossen glauben, daß damit der von Walter Ulbricht aufgestellte Grundsatz fallengelassen wurde? Niemals, weil die erkannte Notwendigkeit das Gesetz des Handelns unserer führenden Genossen ist.

Wenn die Werktätigen mit dem Inhalt der Beschlüsse unserer Regierung vertraut sind und festes Vertrauen zu ihrer Richtigkeit haben, so folgt auch daraus, daß es notwendig ist, alle Gesetze und Verordnungen schnellstens zu verwirklichen, denn je schneller und je konsequenter wir sie verwirklichen, um so eher können wir zu neuen Maßnahmen übergehen, um so mehr beschleunigen wir die Entwicklung unserer neuen Ordnung. Durch das Zögern einiger Genossen bei der Durchführung der Gesetze wurden diese Beschlüsse zeitweilig in ihr Gegenteil verkehrt. Diese schwachen Stellen erkannte der Klassenfeind. Er begann sofort die Auslegung der Gesetze zu fälschen und zu entstellen, wobei ihm viele Bürokraten halfen, indem sie durch falsche administrative Maßnahmen die Werktätigen verärrterten.



1949

Dez. Landarbeiterschutzgesetz

1950

**Febr. Gesetz zur Förderung der Jugend
Gesetz zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung****März Kulturverordnung****Gesetz zur Verleihung des Nationalpreises****April Gesetz der Arbeit****Aug. Gesetz zur Förderung des Handwerks
Lohngesetz für VEB und gleichgestellte Betriebe****Gesetz zur Rentenerhöhung****Sept. Gesetz für Klein- und Mittelbauern
Umsiedlergesetz****Erhöhung der Fleisch- und Fettquoten
Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau**

Aus diesen Erfahrungen müssen wir für die Zukunft folgende Lehren ziehen:

1. Eine eingehende Popularisierung aller neuen Gesetze und Verordnungen;
2. die Erziehung der Werktätigen zu einem festen Vertrauen zu der Richtigkeit dieser Beschlüsse;
3. die schnellste Verwirklichung der Beschlüsse;
4. die Mobilisierung der Massen zur Mitarbeit bei der Erstellung von Gesetzen und Verordnungen.

Das Gesetz zum Schutze der Landarbeiter, das Jugendgesetz, das Gesetz der Arbeit, das Gesetz für die Rechte der Frau, das Umsiedlergesetz, die Kulturverordnung, die Verordnung zur Verbesserung der Lage der Bergarbeiter und weitere Verordnungen und Gesetze, die im letzten Jahr erlassen wurden, sind der Ausdruck einer wahrhaft neuen fortschrittlichen Gesetzgebung im Interesse der Werktätigen. Die größten Gesetze aber, die Gesetze des Handelns aller Werktätigen in unserer Deutschen Demokratischen Republik, sind unsere Wirtschaftspläne. In dem Maße, in dem jeder Werktätige zu ihrer Erfüllung beiträgt, schafft er auch zugleich die Voraussetzungen zur weiteren Verbesserung der Lage seines eigenen Lebens und damit der Lage aller Werktätigen in unserer Deutschen Demokratischen Republik.